

Es gibt schon wieder Ärger um Philipp Ruch, den Aktionskünstler, der das Zentrum für politische Schönheit gegründet hat. Die letzte Aktion „Soko Chemnitz“, die für große Kontroversen sorgte, diente der eigenmächtigen Enttarnung von mutmaßlichen Rechtsradikalen. Eigentlich war Ruch jetzt eingeladen, auf dem Bundeskongress für politische Bildung zu sprechen, der von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet wird und dieser Tage in Leipzig stattfindet. Dann aber erhielt er seine Ausladung – zunächst mit der Begründung, so berichtet es Ruch, und so steht es in einem Schreiben, das WELT vorliegt, dass gegen ihn Ermittlungen liefen. Dann aber lautete die Begründung auf einmal, Ruchs Aktionen trieben die Polarisierung der Gesellschaft voran, und es solle nicht der Eindruck entstehen, dass „eine staatlich finanzierte Legitimierung der Methoden des ‚Zentrums für politische Schönheit‘“ erfolge.

Ich freue mich, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen. Gerade vor so vielen jungen Menschen. Sie sind die Zukunft. Ich bin schon ein Stück Vergangenheit. Aber ich rede mit dem Gefühl, etwas falsch zu machen. Wir, als die Vergangenheit, machen etwas fürchterlich falsch. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Weil Sie es sind, die die Konsequenzen in ihren Körpern,

Das Ende der

TOLERANZPOLITIK

Herzen und Köpfen tragen müssen. Wir tun das viel zu selten: uns vorzustellen, wie die schneidenden Debatten, die wir gegeneinander führen, auf junge Menschen wirken müssen. Welche Kräfte sie entfesseln. Ich sehe an Ihnen, dass das Gute unerschütterlich ist. Aber da ist eine zweite Strömung, nur allzu bekannt aus der Geschichte: die Unterspülung unserer Gesellschaft.

Viele von Ihnen sind groß geworden in diesen Diskursen. Sie haben Ihre prägenden Jahre und Ideen in einem Klima der menschenfeindlichen Parolen verbracht, vom zivilgesellschaftlichen Gelingen im Sommer 2015 einmal abgesehen. Klaus von Dohnanyi sagte kürzlich, der Antisemitismus der Nazis habe im Jahr 1928 ganze 2,6 % der Wählerstimmen eingefangen. 1932 waren es 37,3 %. Die Historiker erklären den Zulauf in vier Jahren mit dem Einbruch des Welthandels. Was, wenn das nicht stimmt? Mich beschleichen Zweifel durch die Erfahrung mit unserer Gegenwart. Was, wenn die Gesellschaft unterspült wird?

Die Kräfte, die wir diskursiv entfesseln, werden durch Sie, die nächste Generation, zur Tat. Unter unsere Gesellschaft spült sich das, was Hans Magnus Enzensberger den molekularen Bürgerkrieg nannte. Die Moleküle können sich verbinden. Die Pfeiler können kippen. Die Kraft, die die Intellektuellen, die Schriftsteller, Künstler, Historiker und Denker damals nicht aufzuhalten wussten: Das waren die Jungen.

Der Rassismus frisst sich durch Deutschland. Alles beginnt im Diskurs. Auch die neue Unempfindlichkeit beginnt in der Sprache. Nicht nur die Humanität, auch die Unmenschlichkeit beginnt mit Worten. Wir schieben diese Worte wie Trennwände vor Menschen, um sie zu verstecken. Die Vernunft ist in den letzten Jahren unter Druck geraten. Ich weiß nicht, ob jemand sich die Mühe macht, den Debatten zu folgen, die wir in Talkshows wie „Anne Will“ oder „Maischberger“ in den öffentlich-rechtlichen Sendern führen. Diese Formate – sie sind die großen Hebebühnen unserer gesellschaftlichen Debatte – stützen nicht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie zerrütten ihn. Die Talkshows gleisen unseren Diskurs nicht auf – sie entgleisen ihn! Der Zusammenhalt unseres Landes wird durch Reichsbürger, Pegidisten und Rechtsextremisten nicht so bedroht wie durch „Maischberger“. Sie könnten über Politik reden statt mit Politikern. Sie könnten brillante Intellektuelle einladen. Stattdessen erliegen sie dem Missverständnis, dass ein Talk durch politisch wird, dass er mit Politikern besetzt ist.

Wenn ich die Klage höre, dass alles so kompliziert geworden ist, muss ich an Sie denken. An die junge Generation. Was sollen Sie von uns denken, wenn wir – als die Erfahrenen – die Welt unserer Zeit für so kompliziert halten? Ich empfand in meiner Jugend die Welt als schrecklich kompliziert. Aber damals gab es etwas, das sehr präsent war: öffentliche Intellektuelle. Das öffentliche Leben in Deutschland wurde tatsächlich von

Dichtern und Denkern bevölkert. Die Deutungen und Träume, in denen sich die Gesellschaft denkt, wurden nicht von Politikern eingebracht. Die Intellektuellen veröffentlichten Artikel. Sie hielten Reden und gaben Interviews. Sie gaben Halt. Sie gaben mir Orientierung. Sie waren die ständige Konterrevolution gegen die Weglosigkeit, Ohnmacht und Apathie. Revolutionäre gegen den Stumpfsinn dieser Gesellschaft.

Heute finden Intellektuelle kaum noch öffentlich Gehör. Sie sind nicht weg. Sie sind in voller Truppenstärke da. Aber sie werden vom Diskurs ausgeschlossen. Wann haben Sie Mely Kiyak, Maxim Biller oder Harald Welzer das letzte Mal in einer Talkshow gesehen? Politische Bildung können wir von den großen Talkshows zurzeit nicht erwarten. Ihre Macher verachten Intellektuelle. Jede Sendung bestätigt aufs Neue eine These, die ich die 41-Besetzung nenne. Es sitzen immer vier Politiker und eine Journalistin da, die den Anspruch erheben, die Gesellschaft zu vertreten. Junge Menschen sitzen da nie. Genauso wenig wie Schriftsteller, Künstler und Historiker. Durch die Besetzung der Gesellschaftsdebatte wird ihr Kollaps gleich mitorganisiert.

Dabei haben die Intellektuellen unserer Gesellschaft sehr direkt etwas zu sagen. Sie schreiben ihr ins Gewissen. Deshalb vielleicht ein Rat, wenn Sie sich überfordert fühlen und nach Orientierung suchen: Lesen Sie ihre Artikel, besuchen Sie ihre Veranstaltungen. Verpassen Sie nichts, was gegen das Gift der Verlorenheit, Komplexität und Aussichtslosigkeit helfen könnte. Diese Kräfte werden die nächsten Jahre entscheiden.

Viele fühlen sich von unserer Zeit überfordert. Aber uns geht es wirtschaftlich und technologisch so gut wie nie. Die Probleme, vor denen wir stehen, halten Vergleichen mit der Geschichte nicht stand. Wie muss sich eine britische Intellektuelle im Juni 1940 nach der Schlacht von Dünkirchen gefühlt haben? Die eigenen Truppen auf dem Rückzug. Ein neuer Premierminister, der den Krieg gegen Hitler führen will, aber wie? Ohne Truppen? Dessen Panzer den Krieg von Afrika über Italien nach Deutschland tragen sollen. Was muss das für ein Gefühl sein, in der freien Welt zu leben, abgeschnitten von einem faschistischen Festland und ohne Aussicht, Hitler zu besiegen. Im Gegenteil: Es wurde erwartet, dass seine Soldaten zu Weihnachten 1940 über den Ärmelkanal übersetzen. Alles fiel in sich zusammen. Und wurde immer schlimmer.

Auch wenn die Perioden des Glücks leere Blätter im Buch der Geschichte sind, verschwinden unsere Probleme gegen die der britischen Intellektuellen im Sommer 1940. Und dennoch verlieren wir den Kampf gegen rechts. Wir verlieren den Kampf Tag für Tag, seit drei Jahren. Weshalb? Einzelne führen ihn heroisch als Retter von Menschenleben auf dem Mittelmeer. Manche führen ihn halbherzig. Und viel zu viele gar nicht. Es herrscht seit drei Jahren Konsens darü-

ber, dass wir „mit Rechten reden“ müssten. Das müssen wir nur, wenn wir die Demokratie abschaffen wollen. Während Madeleine Albright in den USA ein Buch schreibt mit dem Titel „Faschismus“, restauriert der Bundespräsident in der Weihnachtsansprache die Dialogbereitschaft mit den rechten Rändern (weil wir sie nicht aus dem Land werfen könnten). Aber unsere Gesellschaft redet nicht mit Rechten. Wir reden für Rechte. Wir singen uns dabei selbst in den Schlaf. Es mag schön sein, sich immer dieselbe Medizin zu verschreiben. Aber wenn das, was man damit kurieren will, immer katastrophaler ausartet, bis hin zu den Ereignissen in Chemnitz, dann liegt das auch an der Medizin.

Die Phase des Meinungsstreites neigt sich erkennbar dem Ende zu. Wir müssen etwas Neues probieren. Welche Möglichkeiten bleiben uns? Was wir bisher probiert haben, ist die Politik der Toleranz. Aus der Geschichte wissen wir, wo diese innenpolitisch hinführt. Ein Autor der „Weltbühne“ schreibt nach den letzten freien Wahlen von 1932: „In der Zeit der Tolerierungspolitik haben wir das außerordentlich starke Wachsen der Nazis auf der einen Seite, den ständigen Wahlverlust der Sozialdemokratie auf der anderen Seite.“

Wir wollen mit dem Rechtsextremismus fertig werden. In Wirklichkeit wird

er nur mit uns fertig. Auf dem zentralen gesellschaftlichen Schlachtfeld sind wir Deserteure. Das ist es, was mir das schreckliche Gefühl vermittelt, dass wir etwas wider besseres Wissen falsch machen. Wir glauben, dem Kampf gegen rechts mit Toleranz zu entfliehen. Mit einer chinesisch anmutenden Höflichkeit behandeln wir die Fraktion der Holocaust-Leugner und militanten Neonazis. Dafür ernten wir seit drei Jahren diskursive Schande. Und den Kampf werden wir trotzdem kämpfen müssen. Oder wie Churchill die Toleranzpolitik außenpolitisch nannte: „Sie hatten die Wahl zwischen Krieg und Schande. Sie haben die Schande gewählt und werden den Krieg bekommen.“

Toleranz braucht Macht und Mittel. Wir täuschen uns sowohl über unsere Macht als auch über die Mittel. Ließen wir wenigstens die von den rechtsradikalen Parolen Betroffenen entscheiden, was akzeptabel ist. Ließen wir doch die Opfer der Anschläge sagen, was zu tolerieren ist. Weshalb werden Demokratiefeinde toleriert? Es gibt nicht nur „Gutmenschen“, sondern auch „Wohlmenschen“, die von der eigenen Gutmütigkeit genauso überzeugt sind. Die Politik der Toleranz gipfelte außenpolitisch im Appeasement von 1938 und zeigte, dass die, die sich so großmütig, tolerant und erhaben vorkamen, kleine Lichter waren.

Der Aktionskünstler *Philipp Ruch* vom Zentrum für politische Schönheit wurde zum Bundeskongress

Politische Bildung zuerst ein-, dann wieder ausgeladen.

Wir dokumentieren die Rede, die er gerne gehalten hätte

Der Fehler, die eigene Faulheit zur Friedensliebe umzudekorieren, ist menschlich. Aber es wird niemals demokratisch oder tolerant sein, demokratiefeindliche Umtriebe auf den Straßen von Chemnitz zu dulden und als staatliche Behörde zu leugnen. Die Politik der Toleranz muss jetzt ein Ende finden. Durch uns.

Was tun? Ein Gedankenspiel. Nehmen wir unsere britische Intellektuelle. Sagen wir, sie bereist als junge Studentin Deutschland im Jahr 1932 und wird unfreiwillig Zeugin von Hitlers Aufstieg. Was denkt sie? Sie sieht einen Hitler, der von Ariern und dem Volk faselt. Aber – meine größte Irritation über diese Zeit neben den Wahlergebnissen: Hitler ist bis Februar 1932 staatenlos. Ein Treppenwitz der Geschichte: Hitler ist kein Deutscher. Er war bis zu dem Zeitpunkt, als unsere britische Studentin sich das ansieht, kein Deutscher. Er agiert für ein Land, ein Volk, einen Nationalismus, dessen Pass er nicht besitzt. Man könnte doch meinen, seinen Kameraden hätte das gelingen müssen, ihm einzubürgern. Ich dachte, das Blut sei den Menschen damals so wichtig gewesen – allen voran Hitler.

Es ist noch grässlicher: Hitler tritt 1932 an, um Reichspräsident zu werden – gegen Hindenburg. Als er sich für die Wahlen registrieren lässt, tut er das, ohne Deutscher zu sein. Wie bitte? Ein Reichspräsident oh-

ne die deutsche Staatsbürgerschaft? Versuchen Sie das heute mal. Der Diktator ist zwölf Monate vor seiner „Machtergreifung“ noch immer kein Volksdeutscher. Das ist, als würde der amerikanische Präsident eine Mauer um das freie Amerika bauen wollen. Oder als ob die Bundesregierung das DDR-Regime für ihre Grenzpolitik verurteilt und jedes Jahr dreimal so viele Mauertote um Europa rechtfertigt, wie die innerdeutsche Mauer in 28 Jahren nicht hervorgerufen hat.

Was wäre geschehen, wenn die Regierung Hitler im Januar 1932 abgeschoben hätte? Er hatte immer Angst davor. Der Ausländer Hitler wird ja in Deutschland frühzeitig kriminell. Er macht in politischem Terrorismus. Er sammelt Waffen und Kalifatanhänger für ein Reich. 1923 versucht er, die bayerische Landesregierung zu stürzen. Nicht gerade eine unheilke Straftat für einen Nichtdeutschen.

Es wäre die schärfste Waffe im Kampf gegen die Unterspülung gewesen. Hitler sofort auszuweisen. Keine Toleranz! Aber was geschah? Er erhielt ein Rede- und Verbot. Als Reichspräsident setzt sich Paul Löbe (SPD) 1928 großmütig beim preußischen Innenminister dafür ein, dass der inzwischen zum Warlord avancierte Führer (die SA zählt 100.000 Anhänger) wieder reden kann. Der Innenminister Preußens notiert an den Rand der Bitte: „Es läßt sich in einem demokratischen Staat nicht verantworten, daß sie [die Redeerlaubnis] ihm vorenthalten wird.“ Sein Referent antwortet mit dem gebotenen Scharfsinn: „Ich bitte, die Anweisung zurückzunehmen. Wir haben genug Idioten im eigenen Lande und brauchen sie uns nicht von auswärts zu importieren!“

Unsere Instinktllosigkeit im Kampf gegen rechts wird nicht lange gut gehen. Unsere demokratischen Institutionen sind nicht in der Lage, mit dem Rechtsextremismus fertigzuwerden. Im Gegenteil. Sie finanzieren ihn. Die Verstrickung des Bundesinnenministeriums in die Terrorzelle NSU konnte direkt nachgewiesen werden. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke ist fassungslos über die fehlende Kontrolle des Inlandsgeheimdienstes. Hinter dem Rücken des Parlamentes hat das BMI die Bundespolizei aufgebaut, obwohl die Lehre aus der Gestapo lautete, dass Polizei Ländersache sein muss. Der Militärische Abschirmdienst köpft die Führungsriege des „Hannibal“-Terrornetzwerkes nicht. Er glaubt, die Sache in Kooperation mit Elitesoldaten hinzubekommen, die fürsorglich Todeslisten und Waffendepots für den Tag X angelegt haben. So finanzieren und legitimieren staatliche Stellen den Rechtsextremismus.

Es gibt so vieles, das wir gegen Demokratiefeindlichkeit tun müssten. Ich schreibe dazu gerade ein ganzes Buch: „Was können wir tun?“ Es ist eine Anleitung für wehrhafte Demokraten. Diese beginnt mit der Einsicht, dass die Politik der Toleranz zu Ende ist. Sie hat sich selbst widerlegt. Wir müssen schärfer werden, kompromisslos, und den Kampf nicht mehr scheuen. Sonst werden wir unterspült.